

## **Unterrichtung**

**durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

**Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 4. September 2020, Berlin, Deutschland**

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Teilnehmende der deutschen Delegation .....</b>	2
<b>II. Einführung .....</b>	2
<b>III. Ablauf der Tagung .....</b>	2
<b>IV. Eröffnungssitzung .....</b>	2
<b>V. Austausch mit Josep Borrell i Fontelles, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik .....</b>	3
<b>VI. Wege zur Verteidigungsunion – Strategische Neuausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU .....</b>	4
<b>VII. Schlusserklärung .....</b>	5

## I. Teilnehmende der deutschen Delegation

An der 17. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Dietmar Nietan** (SPD), Delegationsleiter,

Abgeordneter **Roderich Kiesewetter** (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter,

Abgeordneter **Thomas Erndl** (CDU/CSU),

Abgeordneter **Christoph Neumann** (AfD),

Abgeordneter **Dr. Marcus Faber** (FDP).

## II. Einführung

Die IPC GASP/GSVP wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter/der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

## III. Ablauf der Tagung

Die 17. Tagung der IPC GASP/GSVP fand auf Einladung des Deutschen Bundestages (deutsche EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020) am 4. September 2020 in Form einer Videokonferenz statt. Das Präsidium des Deutschen Bundestages hatte aufgrund der Covid-19-Pandemie beschlossen, alle Konferenzen im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im September 2020 als Videokonferenzen durchzuführen. An der Konferenz nahmen 130 Delegierte aus 26 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie zehn Delegierte aus sechs Partnerländern (Albanien, Island, Nordmazedonien, Norwegen, Türkei und Vereinigtes Königreich) teil.

Aufgrund der deutschen Präsidentschaft im Europäischen Rat im zweiten Halbjahr 2020 ist der Deutsche Bundestag Teil der Troika der IPC GASP/GSVP (Kroatien, Deutschland, Portugal und EP). Die **Troika-Sitzung** dient der Präsidentschaft zur abschließenden Vorbereitung der Konferenz.

Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und zwei weitere Sitzungsabschnitte unterteilt. Die Schlussklärung der Konferenz ist in deutscher Übersetzung unter Punkt sieben dieser Unterrichtung abgedruckt.

Die nächste IPC GASP/GSVP wird am 3. und 4. März 2021 auf Einladung des portugiesischen Parlaments ebenfalls als Videokonferenz stattfinden.

## IV. Eröffnungssitzung

In seiner Eröffnungsrede begrüßte Bundestagspräsident **Dr. Wolfgang Schäuble** die Delegierten und mahnte diese zu handeln, damit sich Europa im globalen Wettbewerb der Systeme behaupte und seine Bürgerinnen und Bürger wirksam schütze. Europa sei eine Schicksalsgemeinschaft und die gemeinschaftliche Verteidigungsfähigkeit sei ein unverzichtbarer Faktor zur Stabilisierung einer eigenen europäischen Identität. Das Ziel einer gemeinsamen europäischen Verteidigung stehe seit 30 Jahren in den europäischen Verträgen, konstatierte Bundestagspräsident Schäuble und rief die Delegierten dazu auf, endlich substantielle Schritte voranzugehen. Europa müsse

jetzt handeln, um sich im globalen Wettbewerb der Systeme zu behaupten. Die russische Aggression gegenüber der Ukraine habe vor Augen geführt, dass auch im 21. Jahrhundert militärische Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen ein Mittel der Politik geblieben sei. Menschenrechte, Gewaltfreiheit und Demokratie seien nicht verhandelbar. Es sei daher wichtig, mit Russland als relevantem Akteur auf der Weltbühne wieder zu einem Kurs der Kooperation zurückzufinden. Um die Legitimation und Akzeptanz der EU dauerhaft zu sichern und die von den Bürgern erwartete Rolle der EU zu erfüllen, forderte der Bundestagspräsident Änderungen bei der Entscheidungsfindung in der EU im Bereich der GASP und der GSVP. Es müsse die Möglichkeit für Mehrheitsentscheidungen geschaffen werden. So könne Handlungsfähigkeit bewiesen und Europas Stimme in der Welt gestärkt werden. Der Leiter der deutschen Delegation, **Dietmar Nietan**, betonte, dass Europa eine Schicksalsgemeinschaft sei. Die Pandemie mache deutlich, dass kein Land in Europa die bestehenden Probleme allein lösen könne, sondern lediglich durch gemeinsames Handeln Lösungen für die drängenden Probleme gefunden würden. Europa müsse weiter zusammenwachsen und handlungsfähiger werden und deshalb forderte auch der deutsche Delegationsleiter die Möglichkeit qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Außenpolitik der EU. Nur so könne Europa seiner Rolle als starker außenpolitischer Akteur gerecht werden. Er hoffe, dass durch die Konferenz neue Impulse zur Stärkung der außenpolitischen Rolle der EU in die nationalen Parlamente getragen werden. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, **David McAllister**, begrüßte die Durchführung der Konferenz trotz der Covid-19-Pandemie im Online-Format, um den Stimmen der Parlamente Gehör zu verschaffen. Die veränderte geopolitische Situation mit abnehmendem Multilateralismus und der Notwendigkeit der Reduktion der Abhängigkeit von Drittländern seien Gründe, die strategische Autonomie der EU zu stärken und sich als globaler Akteur zu positionieren.

## V. Austausch mit Josep Borrell i Fontelles, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik

Der erste Sitzungsabschnitt wurde von **David McAllister**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, geleitet. Zu Beginn der Sitzung beschrieb David McAllister die drängenden Fragen und Probleme der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik und berichtete über die aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Themen, mit denen sich das EP gegenwärtig befasst. Unter anderem sprach er dem belarussischen Volk seine Solidarität aus und forderte eine schnelle und unabhängige Untersuchung der Umstände der Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny. Der Hohe Vertreter der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, **Josep Borrell i Fontelles**, stellte die geopolitische Situation der EU und die vordringlichsten Handlungsfelder der EU-Kommission dar. Er berichtete, dass die EU-Kommission die Wahlergebnisse in Belarus nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl nicht anerkenne. Die Wahlen seien weder frei noch fair gewesen. Die EU werde daher die demokratischen Bestrebungen des belarussischen Volkes unterstützen. Weiterhin verurteilte Josep Borrell i Fontelles die Gewalt gegen friedliche Demonstranten scharf. Ebenso fordert er die Freilassung aller politischen Gefangenen. Das belarussische Volk müsse selbst über seine Zukunft entscheiden können. Bisher habe die belarussische Regierung bedauerlicherweise nicht auf Vermittlungsangebote der EU reagiert. Jedoch versuche die Kommission weiterhin, einen friedlichen nationalen und internationalen Dialog zu initiieren. Daneben bereite die Lage im östlichen Mittelmeer große Sorge. Durch die türkische Erkundung von Gasvorkommen im zyprischen Hoheitsgebiet stiegen die Spannungen in der Region. Die EU-Kommission setze sich für einen Dialog zwischen allen Konfliktparteien ein, um die Lage zu entspannen, ziehe jedoch auch die Möglichkeiten von Sanktionen durch die Mitgliedstaaten in Betracht, sollte die Türkei weiter provozieren. Leider beobachte man derzeit jedoch, dass sich die Türkei von den europäischen Werten entferne. Nichtsdestotrotz sei die Türkei noch immer ein Beitrittskandidat und die EU-Kommission arbeite daran, von einem Pfad der Konfrontation wieder auf einen Pfad der Kooperation zu gelangen. Des Weiteren berichtete der Hohe Vertreter über seine Aktivitäten in Libyen. Die Lage dort sei, besonders durch die Einmischung weiterer Staaten, ausgesprochen kompliziert. Nach dem erreichten Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien sei nun der Zeitpunkt gekommen, einen politischen Prozess zu beginnen. Diesen wolle die EU positiv begleiten und den Friedensprozess im Land aktiv unterstützen. Die Beziehungen der EU zu Russland seien von hoher Bedeutung und man arbeite weiter an einer Normalisierung dieser Beziehungen. Russland müsse jedoch seine Verpflichtungen aus internationalen Abkommen erfüllen. Aus diesem Grund halte die EU an den gegen Russland verhängten Sanktionen fest. Mit Blick auf die GSVP berichtete der Hohe Vertreter über die Entwicklung eines „strategischen Kompasses“, um die vier Pfeiler der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Resilienz, das Krisenmanagement, die Entwicklung der Fähigkeiten und die Partnerschaften zu entwickeln. Damit solle die Handlungsfähigkeit der EU

gestärkt und falls nötig auch autonomes Handeln ermöglicht werden. Weitere Themen waren die Situation im Nahen Osten und im Mittelmeerraum, zivil-militärische Einsätze der EU und die Kooperation mit der NATO, die Beziehungen zu China und die politische Situation in Mali nach dem Militärcoup.

In der sich anschließenden lebhaften Aussprache erörterten die Delegierten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments die aktuellen Themenfelder der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Hohen Vertreter. Besonders im Fokus standen dabei die Beziehungen zur Türkei und der Russischen Föderation, die Situation in Belarus, die transatlantischen Beziehungen sowie die Lage im östlichen Mittelmeerraum und im Nahen Osten.

## **VI. Wege zur Verteidigungsunion – Strategische Neuausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU**

Der zweite Sitzungsabschnitt wurde vom Leiter der deutschen Delegation, **Dietmar Nietan**, MdB, geleitet. **Dr. Ronja Kempin** von der Stiftung Wissenschaft und Politik führte in das Thema ein und hob hervor, dass die Entwicklung der GSVP seit dem Beschluss der EU-Mitgliedstaaten zum Umsetzungsplan für Sicherheit und Verteidigung im Jahr 2016 nicht ausreichend sei, um die Bürger der EU ausreichend zu schützen sowie Krisen und Konflikte in der Nachbarschaft friedlich zu lösen. Vielmehr seien weitere Schritte notwendig, damit die EU unabhängig von anderen globalen Akteuren ihre Souveränität verteidigen und ihre Interessen durchsetzen könne. Über die bereits vereinbarte Zusammenarbeit im Rahmen der jährlichen Überprüfung der Verteidigung (CARD), der ständigen strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) und dem europäischen Verteidigungsfonds (EDF) hinaus, sei es dringend notwendig, dass die Mitgliedstaaten sicherheits- und verteidigungspolitische Souveränität abgeben, um die gemeinsam verabredeten Ziele des Umsetzungsplanes zu erreichen. Leider müsse sie feststellen, dass entgegen den Bekundungen zur Steigerung der gemeinsamen Verteidigung, die EU-Mitgliedstaaten immer weniger Personal in GSVP-Missionen und Operationen entsendeten und weiterhin etwa 80 Prozent ihrer militärischen Ausrüstung national beschafften. Um substantielle Fortschritte im Bereich der GSVP zu erreichen, schlug sie die Einrichtung eines ständigen Rates der Verteidigungsminister, die Übertragung von Krisenmanagementmaßnahmen an eine Gruppe von Mitgliedstaaten sowie die Schaffung eines echten europäischen Binnenmarktes für Rüstungsgüter vor. Grundlage für eine weitere Entwicklung der GSVP sei jedoch der politische Wille der Mitgliedstaaten, Souveränität an die EU abzugeben, schloss Frau Dr. Kempin. Der stellvertretende Generalsekretär des EAD, **Charles Fries**, konstatierte, dass unter anderem erodierender Multilateralismus und wachsender geopolitischer Einfluss Chinas eine Stärkung der europäischen strategischen Autonomie notwendig machten. Der Fortschritt, den die EU mit der Implementierung von PESCO, CARD und EDF in kurzer Zeit erreicht habe, sei beachtlich. Bereits heute seien in 17 zivilen und militärischen Missionen der EU über 4500 Personen im Einsatz, um die Sicherheit der EU und ihrer Bürger zu erhöhen. Mit der weiteren Entwicklung der Friedensfaszilität der EU werde es zukünftig ermöglicht, über Ausbildung und Training hinaus, die Partner auch mit Ausrüstungsgegenständen auszustatten. Im Gegensatz dazu zeigte sich die Vorsitzende des Unterausschusses für Verteidigung im Europäischen Parlament, **Nathalie Loiseau**, enttäuscht darüber, dass die Beschlüsse zur europäischen Friedensfaszilität nicht ausreichend mit finanziellen Mitteln hinterlegt seien. Bei der Diskussion um die Stärkung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vermisse sie die parlamentarische Kontrolle und forderte das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente auf, sich stärker einzubringen.

In der sich anschließenden Diskussion, in der die weiteren Schritte zur Entwicklung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten debattiert wurden, kamen auch einzelne kritische Stimmen auf, die einer fortschreitenden Vergemeinschaftung der GSVP widersprachen.

Berlin, den 10. Februar 2021

**Dietmar Nietan**

Leiter der deutschen Delegation

## VII. Schlusserklärung

### 17. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP)

4. September 2020  
per Videokonferenz

#### Erklärung der Ko-Vorsitzenden

##### *Vorbemerkungen*

*Die 17. Interparlamentarische Konferenz für die GASP/GSVP fand am 4. September 2020 im Rahmen der parlamentarischen Dimension der deutschen Ratspräsidentschaft statt. Aufgrund der durch die COVID-19-Pandemie bedingten außergewöhnlichen Umstände wurde die Konferenz erstmals per Videokonferenz durchgeführt. An der Konferenz nahmen Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie darüber hinaus Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den EU-Bewerberländern und möglichen Bewerberländern teil.*

Wir, die Ko-Vorsitzenden der 17. Interparlamentarischen Konferenz,

- sind der Auffassung, dass die durch COVID-19 verursachte Pandemiekrise die Notwendigkeit einer überzeugenderen und effektiveren EU-Außen- und Sicherheitspolitik deutlich gemacht hat. Die Pandemie hat offenbart, dass wir es mit einem geschwächten globalen System zu tun haben, in dem der Multilateralismus zurzeit unter Beschuss gerät. In der sich verändernden geopolitischen Landschaft besteht die Verantwortung der EU darin, als globaler Akteur und Sachwalter einer multilateralen regelbasierten Ordnung zu handeln, in deren Zentrum die Vereinten Nationen stehen, die internationale Zusammenarbeit mithilfe des Systems der multilateralen Organisationen zu stärken und sich strategisch mit gleichgesinnten Partnern und weiteren globalen Akteuren zusammenzuschließen. In diesem Zusammenhang weisen wir besonders auf die wichtige Rolle der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments im Bereich der GASP und GSVP hin;
- begrüßen die „Globale Reaktion der EU auf COVID-19“, die auf die am stärksten gefährdeten Länder ausgerichtet ist, und erinnern daran, dass das geopolitische Handeln der EU durch die Zuweisung entsprechender Haushaltsmittel im Rahmen des kommenden MFR gestützt werden muss. Wir stellen fest, dass die COVID-19-Pandemie die Notwendigkeit gezeigt hat, die Abhängigkeit von Drittstaaten in bestimmten Sektoren zu verringern, und heben hervor, dass die EU unbedingt ihre strategische Eigenständigkeit stärken muss;
- sind äußerst beunruhigt über die gefährlichen Spannungen im östlichen Mittelmeerraum; fordern eine sofortige Deeskalation und die Schaffung eines Umfelds, in dem man auf Dialog und Verhandlungen setzt; wir unterstützen diesbezüglich die Vermittlungsbemühungen der Bundesregierung; wir heben die Notwendigkeit hervor, Griechenland und Zypern bei der Überwindung der Spannungen zu unterstützen;
- sind der Auffassung, dass die EU vor dem Hintergrund der anhaltenden Rückschritte in der Türkei in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, aber auch unter Berücksichtigung der fortbestehenden gemeinsamen Interessen in Bereichen wie Handel, Migration und Sicherheit dringend eine Gesamtstrategie für ihre mittel- bis langfristigen Beziehungen zur Türkei definieren muss;
- unterstützen die Forderungen des belarussischen Volkes nach einer freien und fairen Wiederholung der Präsidentschaftswahlen in Belarus unter Beteiligung internationaler Beobachter einschließlich der OSZE. Wir fordern die belarussischen Behörden auf, Gewalt und Einschüchterung gegenüber friedlichen Demonstranten zu unterlassen und alle willkürlich verhafteten und aus politischen Gründen inhaftierten Menschen freizulassen. Eine friedliche Lösung muss auf dem Wege des Dialogs unter Beteiligung aller inländischen Akteure gefunden werden, um eine gedeihliche Zukunft für ein souveränes Belarus zu gewährleisten;

- äußern unsere Sorge über die besonders instabile Lage im Libanon. Die schreckliche Tragödie, von der die Menschen in Beirut heimgesucht wurden, erfordert unsere Solidarität, und die EU und ihre Mitgliedstaaten haben sich sofort an den Rettungs- und Wiederaufbaumaßnahmen im Libanon beteiligt. Wir weisen besonders auf die dringende Notwendigkeit hin, dafür zu sorgen, dass der Libanon einen ehrgeizigen Reformprozess in die Wege leitet, der dem Land zu politischer und wirtschaftlicher Stabilität verhilft und den berechtigten Anliegen und demokratischen Bestrebungen des libanesischen Volkes Rechnung trägt. Wir begrüßen die einstimmige Verabschiedung der Resolution 2539 (2020) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, mit der das Mandat der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) erneuert wurde, und fordern unter anderem die libanesisische Regierung auf, UNIFIL den sofortigen und vollständigen Zugang zu den Orten zu gewähren, die UNIFIL zwecks baldiger Ermittlungen aufsuchen möchte;
- äußern unsere Sorge über die Lage in Libyen und die jüngsten Entwicklungen in Tripolis und die Situation der Grundrechte im ganzen Land, wie auch von der Mission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL) bezeugt. Wir erinnern an die Bedeutung und Dringlichkeit eines von den Parteien ausgehandelten Waffenstillstands und einer Einigung der Parteien auf eine demilitarisierte Zone. Wir heben diesbezüglich die zentrale Rolle des Berliner Prozesses und parallel dazu der Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen hervor und fordern die Parteien auf, sich zu einem umfassenden und inklusiven politischen Prozess zu bekennen, der dem Interesse des libyschen Volkes an einer repräsentativen Regierung Rechnung trägt, um Stabilität und Sicherheit in Libyen herbeizuführen;
- heben hervor, dass die Beziehungen zwischen der EU und China in ein neues Zeitalter eingetreten sind, vor allem im aktuellen Kontext der COVID-19-Krise. Wir erinnern daran, dass die letzten Monate die fehlende globale Führung beim multilateralen Kampf gegen COVID-19 deutlich gemacht haben, bei dem China erneut gezeigt hat, dass es bestrebt ist, seine geopolitische Position zu stärken. Wir sind der Auffassung, dass das aktuelle Vorgehen Chinas in Hongkong und die Verbreitung von Desinformationen während der COVID-19-Pandemie angesichts mancher positiver Elemente der strategischen Partnerschaft mit der EU umso bedauerlicher sind. Wir sind überzeugt, dass die EU die Einmischung Chinas in unsere inneren Angelegenheiten in diesem Ausmaß nicht länger ignorieren darf. Wir heben die Notwendigkeit hervor, solche Einmischungsversuche zu verhindern und diesen gemeinsam mit unseren gleichgesinnten Partnern in der ganzen Welt entschlossener entgegenzutreten;
- verurteilen in großer Sorge den Angriff auf das Leben von Alexej Nawalny, der für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten wie auch vorherige Angriffe auf das Leben von Kritikern der russischen Regierung vollkommen inakzeptabel ist, und fordern die EU dazu auf, unverzüglich Konsequenzen zu ziehen. Wir fordern darüber hinaus die Russische Föderation dazu auf, die Umstände des Giftanschlags vollumfänglich und transparent aufzuklären;
- sind der Auffassung, dass die Vertragsbestimmungen eine solide Grundlage für Fortschritte auf dem Weg zu einer echten Verteidigungsunion bilden. Wir sind der Ansicht, dass alle Überlegungen, die im Rahmen des aktuellen strategischen Revisionsprozesses angestellt werden, den Weg zu effektiveren Beziehungen zwischen EU und NATO ebnen müssen. Aus unserer Sicht müssen die NATO-Mitgliedstaaten, die sich an entsprechenden EU-Programmen wie dem Europäischen Verteidigungsfonds beteiligen, zu einer neuen Ära der echten Interoperabilität, des „Pooling and Sharing“ und der Integration, der Fähigkeitenentwicklung und der Entsendung von Streitkräften zugunsten der Union und des transatlantischen Bündnisses beitragen;
- sind der Auffassung, dass die Mitgliedstaaten in den Fällen, in denen sie gemeinsam multinationale Streitkräfte wie in Artikel 42 (3) EUV vorgesehen aufstellen, die entsprechenden Streitkräfte für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die gemeinsame Verteidigung der Union zur Verfügung stellen sollten. Wir sind der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten darüber hinaus die konsequente Zusammenarbeit dieser multinationalen Streitkräfte mit der NATO anstreben sollten;
- fordern den Europäischen Rat und seinen Präsidenten auf, den in Artikel 42 (2) EUV genannten Beschluss zügig einzuleiten und voranzubringen. Wir fordern die Kommission, den Hohen Vertreter/Vizepräsidenten und alle Parlamente in der Europäischen Union auf, sich in die Debatte über die Entwicklung der Verteidigung in der EU einzubringen;

- nehmen mit Befriedigung die Forderungen von Mitgliedern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments hinsichtlich eines ambitionierteren MFR im Bereich Außenpolitik und Verteidigung zur Kenntnis; dies beinhaltet auch die Zuweisung von weiteren Mitteln für das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI), den Europäischen Verteidigungsfonds, die militärische Mobilität und die Europäische Friedensfazilität.

**Dietmar Nietan, MdB**

Leiter der deutschen Delegation

**David McAllister, MdEP**

Vorsitzender des Ausschusses für  
Auswärtige Angelegenheiten des EP,  
Leiter der EP-Delegation

